

## Oesterreichs Getreideversorgung im Kriege.

Schon wenige Tage nach Ausbruch des Krieges ergab sich die Notwendigkeit, der Brotversorgung Oesterreichs eine größere Aufmerksamkeit als bisher zuzuwenden. Noch in der ersten Augustwoche wendete sich die Wiener Regierung nach Budapest, um im Einvernehmen mit den dortigen Machthabern eine Aufhebung des Einfuhrzolles für Getreide durchzusetzen. Diese Unterhandlungen blieben selber infolge der ablehnenden Haltung der Ungarn eineinhalb Monate hindurch erfolglos, so daß die Aufhebung der Zölle erst am 24. September 1914 verfügt wurde, das heißt zu einer Zeit, wo es schon zu spät war, weil Rumänien, das für den Import in erster Linie in Frage kam, inzwischen bereits ein Ausfuhrverbot erlassen hatte. Der Eigennutz und die Kurzsichtigkeit der Ungarn haben also bereits in den ersten Kriegsmonaten ihren redlichen Teil beigetragen, um die Ernährungslage der Monarchie zu verschlechtern. Das Vorratsproblem wurde übrigens damals nur wenig beachtet und alle Kritiken drehten sich so gut wie ganz um das Preisproblem, das ebenfalls wieder von Budapest her aufgerollt worden war. An der dortigen Produktenbörse wurden schon im Herbst 1914 Preise notiert, die über das in Wien geltende Niveau weit hinausgingen und, um eine plötzliche Unterbrechung der ungarischen Zufuhren hintanzuhalten, blieb nichts anderes übrig, als eine Unterwerfung unter das ungarische Preisbild. Frühzeitig machten sich auch auf ungarischer Seite Bestrebungen geltend, ein Abströmen der eigenen Getreidevorräte nach Oesterreich möglichst zu verhindern und erst nach langem Hin und Her gelang es, einen gemeinsamen modus procedendi in der Frage der Höchstpreise zu finden. Mit der Anordnung von Höchstpreisen beginnt auch die Zeit des Bettelns und des Schacherns mit der Budapestter Regierung, die schließlich nach langwierigen Verhandlungen von den im Winter 1914/15 requirierten Maisvorräten ein Kontingent von zwei Millionen Meterzentnern an Oesterreich überließ. Nunmehr war man sich in Wien klar darüber geworden, daß sich eine Reichsorganisation der österreichischen Ernte und deren staatliche Verteilung nicht mehr weiter hinauschieben ließ. Durch die kaiserliche Verordnung vom 27. Februar 1915 erfolgte die Errichtung einer „unter staatlicher Aufsicht und Einflußnahme stehenden Getreideanstalt“, die dann vier Monate später, nämlich am 21. Juni 1915, zur „Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt“ ausgebaut wurde, deren Wirksamkeit im großen Stile eigentlich erst mit der Erfassung und Bewirtschaftung der Ernte des Jahres 1915 beginnt. Ueber den Umfang, über die Einzelheiten und über die Schwierigkeiten der Arbeit, die diese Anstalt seit jener Zeit geleistet hat, berichtet jetzt eine Broschüre, die im Verlage von F. Doulitzke erschienen und vom Präsidium der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt verfaßt ist. In dieser Broschüre ist zunächst von der Innenorganisation der Anstalt und im Anschluß daran von den allgemeinen Grundlagen der österreichischen Getreidebewirtschaftung die Rede. Danach ergab sich nach der Verbrauchsregelung bei einer versorgungsberechtigten Bevölkerung von rund 26 Millionen Einwohnern ein quotenmäßiger Bedarf von 23 Millionen Meterzentnern Mehl oder rund 29 Millionen Meterzentnern Getreide. Davon entfällt auf die Landwirt-

schaft ein Mehlbedarf von 9.3 Millionen. Der Bedarf an Saatgut stellt sich seinerseits auf rund 9 Millionen Meterzentner Getreide, davon 3 Millionen Meterzentner für Hafer und 1.6 Millionen Meterzentner für Gerste. Diese sieben genannten Ziffern bilden eine Art Minimum. Was darüber hinausgeht, steht der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt zur Bewirtschaftung frei, das heißt, soweit sie faktisch imstande ist, diesen Ueberschuß zu erfassen. Aus diesem Ueberschuß hat sie den Bedarf der Nichtselbstversorger, also vornehmlich der Städte, zu decken, der mit mindestens 14 Millionen Meterzentner Mehl d. i. 16 Millionen Meterzentner Getreide, veranschlagt werden muß. Schon die erste Kriegsernte im Jahre 1915 stieß nun sämtliche Berechnungen hinsichtlich des Ertrages und der Versorgung völlig um. Die eigene verfügbare Ernte sank von 83 Millionen Meterzentner auf 45.5 Millionen Meterzentner, da der größere Teil von Galizien, welches mehr als ein Drittel der österreichischen Gesamtackerfläche besaß, teils in Feinbeshand fiel, teils mangelhaft bestellt war. Dazu kam ein Rückgang der Hektarerträge von zirka 15 Prozent, der sich für die folgende Ernte auf 22 Prozent erhöhte. Im Jahre 1916 erhöhte sich der verfügbare Körnerertrag auf 49 Millionen Meterzentner, und zwar infolge der Freimachung des größten Teiles von Galizien. Es war somit in den beiden Kriegsjahren 1915/16 und 1916/17 an einheimischer Körnerfrucht nicht viel mehr als die Hälfte der normalen Ernte vorhanden. Dazu kam eine Einfuhr aus Ungarn mit 4 Millionen Meterzentnern Getreide im Jahre 1915/16 und nur 0.8 Millionen im Jahre 1916/17. Dagegen lieferte Rumänien rund 10 Millionen Meterzentner im Jahre 1915/16 und zirka 3.5 Millionen im Jahre 1916/17. Die rumänischen Zufuhren waren also in den beiden Jahren um ein Beträchtliches größer als die ungarischen. Insgesamt standen in den beiden Jahren zur Verfügung 51, bzw. 53 Millionen Meterzentner Körnerfrucht gegen zirka 100 Millionen in Friedenszeiten. Im Wirtschaftsjahr 1917/18 wurde die Ernährungslage noch weit kritischer, denn für diese Zeitspanne standen nur 34 Millionen Meterzentner an einheimischer Körnerfrucht und 4.5 Millionen an fremden Zufuhren zur Verfügung, das heißt also insgesamt nur 38.5 Millionen Meterzentner. Die Schwierigkeiten begannen jedoch, wie allgemein bekannt, schon im Jahre 1915/16. Es wurde damals viel herumexperimentiert und auch die Methoden in der Erfassung der Getreidevorräte ließen viel zu wünschen übrig. Dieser Uebelstand hat sich übrigens in der Folgezeit noch weiter verschlechtert und in dem Maße, wie sich der Schleichhandel des Mehlgeschäftes bemächtigte, wuchs der Trieb bei den Landwirten, einen möglichst großen Teil der eigenen Erzeugung zu hinterziehen und an den Schleichhändler zu hohen Preisen zu verkaufen. Der ganze Wert der staatlichen Getreidebewirtschaftung wurde dadurch in dem letzten und vorletzten Kriegsjahr ein recht problematischer, und wenn sich in den Wirtschaftsjahren 1915/16 bis 1917/18 jedesmal ein Gebirgsabgang von 17 bis 20 Millionen Meterzentnern und noch mehr ergibt, so ist dies zu einem guten Teil gerade der unzulänglichen Erfassung der Erntevorräte zuzuschreiben.

Was nun die Bedarfsdeckung der Verbrauchsperiode 1915/16 anbelangt, so ergab sich ursprünglich ein durch Manko von 17.5 Millionen Meterzentnern, das jedoch mit Hilfe der erhöhten Ausmahlung des Getreides sowie durch eine Herabsetzung der Verbrauchsquote der Selbst-erzeuger stark vermindert wurde. Von dem Gesamtbedarf der Nichtselbstversorger von 14.3 Millionen Meterzentnern Mehl = 17 Millionen Meterzentner Brotfrucht, und dem Heeresbedarf von rund 5 Millionen Meterzentnern wurden gedeckt: durch Ankauf aus der inländischen Ernte 8.5 Millionen, durch die ungarische Zufuhr 4 Millionen und durch die rumänische Zufuhr 7.2 Millionen Meterzentner. Ungedeckt blieben 2.3 Millionen Meterzentner oder 46% des Heeresbrotfruchtkon-

sumtes. Nach dem Plan, der für das Wirtschaftsjahr 1916/17 aufgestellt war, sollte der Ausfall durch die Einfuhr der Gerste in die Brotversorgung und durch, daß Ungarn die gesamte Heeresbrotversorgung übernahm, auf 5.5 Millionen Meterzentner herabgedrückt werden. Andererseits waren aber die Aussichten für das Wirtschaftsjahr äußerst ungünstige, zumal, da Ungarn die Ablieferung des versprochenen Vorkontingentes von 1 Million Meterzentnern einstellte. Auf eine Einfuhr von 1 Million Meterzentnern war infolge der rumänischen Erklärung ebenfalls nicht zu rechnen und in der Not ergriff man daher zur Vermahlung von Hafer, mit der schon im Herbst des Jahres 1916 begonnen wurde. Insgesamt wurde 1 Million Meterzentner Hafer vermahlen. Dann mußte man aber, mit Rücksicht auf die schlechte Qualität des aus Hafer erzeugten Mehles, von einem weiteren Fortschreiten auf dem betretenen Wege Abstand nehmen. Der Stand der Aprovisionierung war daher im Winter und im Frühjahr 1917 ein außerordentlich schlechter und das ganze Gebiet südlich der Donau mußte von Böhmen und Mähren versorgt werden. Nur infolge der weitestgehenden Konsumeinschränkung gelang es, bis zum Eintreffen der rumänischen Einfuhr (März 1917) durchzuhalten. Trotz der rumänischen Einfuhr blieb jedoch die Versorgungslage auch während des letzten Drittels der Verbrauchsperiode 1916/17 eine kritische, konnten doch im April 1917 nur mehr 52%, im Mai 29% und im Juni 18% des Bedarfes aus inländischem Getreide gedeckt werden. Auch das Wirtschaftsjahr 1917/18 brachte keine

rende  
a der  
des  
men-  
te in  
ionen  
staat-  
leiben  
übrig,  
auf  
a des  
Saat-  
f für  
Leber-  
ionen  
Nicht-  
saube,  
änien  
n der  
erben.  
s bei.  
7 bis  
ut wie  
öster-  
a war  
tionen  
annte.  
12.600  
auf —  
zwar  
ziffern  
e sehr  
t von  
ur zu  
enn  
des  
schon  
wurde.  
sicht  
sicht  
s von  
sich die  
u Bild  
u ver-  
sicherung  
sicher.  
treide-  
nenge-